

Frühjahrskonferenz
25./26. Mai 2023 in Berlin



Beschluss

TOP I.31

Weiterentwicklung der Eckpunkte des BMJ für ein Gesetz gegen digitale Gewalt

Berichterstattung: Niedersachsen und Thüringen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister stellen fest, dass in einem demokratisch legitimierten Rechtsstaat die Meinungsfreiheit ein essenzieller Wert ist. Hass, Hetze und andere Formen digitaler Gewalt im Internet sind geeignet, den freien Austausch der Meinungen im Internet erheblich nachteilig zu beeinflussen.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen die Vorlage des Eckpunktepapiers für ein Gesetz gegen digitale Gewalt durch den Bundesminister der Justiz. Sie bitten den Bundesminister der Justiz, möglichst zeitnah einen Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Länder vorzulegen.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten den Bundesminister der Justiz zu prüfen, inwieweit die Sperrung eines Nutzer-Accounts bei besonders schwerwiegenden Verletzungen des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts auch bei einer erstmaligen Rechtsverletzung möglich ist.